LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18 WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/370

Alle Abgeordneten

Grundschulverband
Landesgruppe NRW

Anträge der Fraktion der FDP

Erschütternde Ergebnisse bei IQB-Bildungstrend. Die Landesregierung muss alles daransetzen, die Qualität der Bildung zugunsten der Bildungsgerechtigkeit zu heben.

Drucksache 18/1365

Stellungnahme der Landesgruppe des Grundschulverbandes

Die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2021 zeigen bundesweit einen enorm hohen Prozentsatz an Kindern, die die anvisierten Mindeststandards nicht erreichen – und dies im Vergleich zu 2016 in einem zunehmenden Maße. So verfehlen mittlerweile in Deutsch je nach Kompetenzbereich zwischen ca. 18 und 30 Prozent der Viertklässler:innen den Mindeststandard, in Mathematik sind es ca. 22 Prozent. Der Prozentsatz ist seit 2016 um 6 bis 8 Prozent gestiegen. Diese Muster und diese doch dramatischen und ungünstigen Trends zeigen sich trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen (mit wenigen Ausnahmen) in allen Bundesländern. Sie berechtigen zu großer Sorge und machen verbesserte Lernbedingungen insbesondere für benachteiligte Kinder dringend notwendig. So offenbart der im Bildungstrend 2021 festgehaltene Negativtrend im Grundschulbereich weiterhin einen starken Zusammenhang zwischen häuslichem Umfeld (möglichen elterlichen Unterstützungsmaßnahmen), der Ausstattung mit (digitalen) Lernmitteln und den Leistungen der Kinder. Besonders betroffen sind Kinder mit Zuwanderungshintergrund. In dieser Gruppe sind Familien mit Migrationshintergrund mit ungünstigen sozio-ökonomischen Bedingungen deutlich überrepräsentiert. Auch wenn die aktuellen Daten durch die Erhebung während der Pandemie mit Einschränkung zu betrachten sind, so hat sich infolge des laufenden Wirtschaftskriegs die Situation insbesondere der bisher schon benachteiligten Kinder weiter verschlechtert. Die Zahl der von Armut betroffenen Familien wird weiter steigen. So erhielten die Kinder in den Bundesländern während der Pandemie unterschiedlich viel Präsenzunterricht. Der Anteil von Kindern aus Familien in prekären Verhältnissen stellt sich je nach Bundesland sehr unterschiedlich dar. Zudem ist der Anteil an Zuwandererkindern und Kindern mit traumatischen Erlebnissen nicht nur schulbezogen höchst unterschiedlich, sondern auch zwischen den Bundesländern. Grundschulen unterscheiden sich deutlich hinsichtlich der Personalausstattung und zwar sowohl bezogen auf die Qualifikation und Profession (Anteil der Quereinsteiger:innen, Einsatz von Sozial- und Sonderpädagog:innen, Hilfspersonal) als auch bezüglich der Personaldichte. Hier gibt es nicht nur Unterschiede zwischen den Bundesländern, sondern auch regional. So existiert ein deutliches Stadt-Land-Gefälle. Der Personalmangel im pädagogischen Bereich führt nicht nur dazu, dass die Bundesländer untereinander um qualifizierte Mitarbeiter:innen konkurrieren, sondern zudem auch mit schulfernen Berufsfeldern.
Die Entwicklung der inklusiven Grundschule ist in den Ländern sehr unterschiedlich und verlangsamt sich mit Blick auf Kinder mit Sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF): „Seit dem Schuljahr 2015/2016 ist der Anteil der Kinder mit SPF, die statt einer Förderschule eine allgemeine Schule besuchen, in einigen Ländern weiter gestiegen, in anderen stabil geblieben und in mehreren Ländern zurückgegangen.“ (IQB-Bildungstrend

2021, S. 27). Obwohl die Grundschule den Einstieg in die schulische Bildungskarriere der Kinder leistet, stehen ihr noch immer die geringsten finanziellen und personellen Ressourcen im Vergleich zu den weiterführenden Schulen zur Verfügung und das, obwohl der Grundschulverband bereits im Jahr 2016 ein Gutachten des Bildungsforschers Dr. Klaus Klemm dazu veröffentlicht hatte. Hamburg bildet hinsichtlich des allgemeinen Trends eine Ausnahme, konnte in den letzten Jahren mehr Ressourcen zur individuellen Förderung einsetzen und den Abwärtstrend in den Leistungsergebnissen umkehren. Investition in Grundschulen verspricht also Wirkung!

Forderungen des GSV:

- Die Lernbedingungen aller Schülerinnen und Schüler in den Bundesländern sind zu verbessern, insbesondere für Schulen in kritischen Lagen sind Prioritäten zu setzen.
- Die personelle und sächliche Ausstattung von Grundschulen muss dringend angehoben werden, insbesondere sind Ressourcen zur individuellen Förderung der benachteiligten Schülerinnen und Schüler verstärkt und langfristig einzuplanen und dürfen nicht als Vertretungsreserve „missbraucht“ werden.
- Die Verantwortung für Zuwandererkinder und Kinder mit traumatischen Erlebnissen kann die Grundschule nicht alleine tragen. Sie braucht sofort Unterstützung durch externe speziell qualifizierte Fachkräfte. Wo die Klassenräume knapp werden, muss Zusatzraum zur Verfügung gestellt werden.
- Die soziale Arbeit mit Familien in prekären Verhältnissen muss jetzt ausgebaut und in Kooperation mit der Grundschule im Ortsteil weiterentwickelt werden, ehe die Wirtschaftskrise noch größeren Schaden anrichtet. Die Kopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft wird sich ohne zusätzliche Investition in der frühen Bildung und in der Grundschule tendenziell verschärfen und ausweiten.
- Um Fachkräfte gewinnen zu können, müssen die gesellschaftliche Anerkennung und die Attraktivität pädagogischer Berufe, insbesondere der Lehrkräfte der Grundschule, deutlich verbessert werden.
- Die Inklusion an Schulen muss gestärkt werden. Dem begonnenen Rückschritt muss mit allen Mitteln Einhalt geboten werden. Die personellen Ressourcen für die spezielle Förderung von Kindern mit anerkanntem Förderbedarf müssen aus den Förderzentren an die Grundschule verlagert werden.
- Um den zunehmend durch Krisen verschärften Bedingungen schnell begegnen zu können, sind multiprofessionelle Teams in allen Grundschulen zu etablieren und durch geeignete Strukturen abzusichern. Teamarbeit statt Einzelprofilierung ist zu entwickeln.
- Das Bildungswesen erzeugt besonders in der Grundschulzeit durch institutionelle Übergänge einen erhöhten Kooperationsbedarf zur Herstellung einer guten Anschlussfähigkeit Seite 3 von 3 zwischen den Einrichtungen. Daher muss die Kooperation zwischen Kindergärten und Grundschule, Grundschule und weiterführenden Schulen gestärkt und personell wie strukturell abgesichert werden. Das gilt insbesondere für eine durchgängig zu gestaltende Förderung von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf.
- Schul- und Unterrichtsentwicklung (einschließlich der Anschlussfähigkeit zwischen den Stufen) muss vor Ort geleistet werden. Hinderliche Papier- und Strategievorgaben sind zu vermeiden. Es muss aber strukturell, finanziell und personell möglich sein, dass sich die Einzelschule externe Moderation und Unterstützung für ihren Entwicklungsprozess sichert.

- Dieser Forderung steht entgegen, dass erhebliche Mittel und Kapazitäten in eine Vielzahl einzelner Projekte fließen, die nach wenigen Jahren verblassen. Erforderlich ist eine langfristige, unterstützte und evaluierte Entwicklung an jeder Schule.
- Untersuchungen zeigen, dass nur qualitativ hochwertiger Ganztagsunterricht einen Beitrag zur besseren Bildung der Kinder leisten kann. Mit Blick auf den Ganztagsanspruch ab 2026 sind zumindest die Potenziale einer durchgängigen sprachlichen Bildung bzw. Förderung als ein bedeutsames konzeptionelles Element einzubinden und als Ressource verlässlich für alle Kindertageseinrichtungen und Grundschulen abzusichern und anschlussfähig zu gestalten. Auch im Bereich des Mathematiklernens sind die fachdidaktischen Entwicklungen so weit fortgeschritten, dass die durchgängige Förderung aller Kinder gewährleistet werden muss. Die qualitativ hochwertige Ausbildung von zusätzlichen Fachkräften für den Ganztagsbereich ist sofort um ein Vielfaches zu steigern.
- Die Förderung einer begrenzten Anzahl von Einrichtungen reicht nicht aus. Die Lage erfordert sofortiges flächendeckendes politisches Handeln!

(Siehe Stellungnahme des Grundschulverbands vom 29.11.2022)

Ergänzend dazu kritisiert der Grundschulverband NRW die Folgerungen der IQB Ergebnisse für die Bildungspolitik in NRW, denn

- ihnen **fehlt eine gründliche Bestandsaufnahme**, die die völlig unzureichenden Rahmenbedingungen und den wachsenden pädagogischen und sozialen Herausforderungen, unter denen die Grundschulen arbeiten müssen, offenlegt.
- sie berücksichtigen nicht die **Unterfinanzierung** gerade der Grundschulen, die in den letzten Jahren immer wieder – gerade auch für NRW- nachgewiesen wurde.
- sie sehen als **zentrales Element die Stärkung der Fachlichkeit** durch die Fachoffensive in Deutsch und Mathematik und ignorieren die komplexen Zusammenhänge.
- sie suggerieren, dass es keine tragfähigen Konzepte in den Grundschulen gibt, stattdessen die Lehrkräfte jetzt intensiv begleitet und unterstützt werden müssen. Es besteht aber kein Bedarf an neuen Erkenntnissen, es **besteht akuter Bedarf an Zeit**, um bestehende Konzepte umzusetzen, im professionellen Austausch weiterzuentwickeln und auszuwerten.
- sie ignorieren, dass Lehrkräfte der GS bei **gleichbleibender Unterrichtsverpflichtung** (28!! Wh) ein ständig wachsendes und **aufwändiges Aufgabenportfolio** – gerade auch an Schulen in herausfordernden Lagen- zu bewältigen haben, wie: differenzierter Unterricht, Arbeit im multiprof. Team, Förderpläne, Elterngespräche, Teamsitzungen, Gespräche mit JA, JHD, Therapieeinrichtungen, Antragstellungen, Kooperationen, Netzwerke……
- sie ignorieren, dass die sich immer **weiterentwickelnden LP´s keinen Niederschlag in der Stundentafel** finden. Wie soll immer mehr unter deutlich schwierigeren Bedingungen in derselben Zeit geschafft werden?

Was brauchen die Grundschulen, damit sie zukunftsfähiges Lernen erfolgreich umsetzen können?

- Eine **Ausweitung der Stundentafel**, damit die Kinder mehr Zeit -auch zum Üben und Anwenden- haben.
- **Ganztagsschulen**, damit – gerade an Schulen in herausfordernden Lagen- ganzheitliche Bildung und vielfältige Lerngelegenheiten genutzt werden können.
- Eine Anerkennung der vielfältigen Aufgaben durch eine **Reduzierung der Wh** an „Brennpunktschulen“.
- Den Vorrang **interner systematischer Evaluation** vor Leistungsstandards und Fremdevaluation.
- **Zeit für** verbindliche Kooperation, Fort- und Weiterbildung, Supervision und Netzwerke.
- **Zeit,** um auf die veränderten Auswachsbedingungen und Lernvoraussetzungen reagieren zu können.

Die Folgen der Versäumnisse der vergangenen zehn Jahre im Hinblick auf die Sicherstellung einer geordneten Personalsituation an den Schulen werden für die Schülerinnen und Schüler dramatisch sein: Die Leistungsschere wird weiter auseinandergehen. Schulerfolg wird verschärft von den finanziellen Nachsorgemöglichkeiten der Eltern abhängig werden und insbesondere für Kinder aus bildungsfernen und/oder sozio-ökonomisch benachteiligten Familien immer weiter erschwert werden.
Dies wird auch Folgen für das soziale Miteinander in unserer Gesellschaft haben: die Entsolidarisierungstendenzen in unserer Gesellschaft werden rapide ansteigen und zum weiteren Anwachsen populistischer Strömungen beitragen. Bei den internationalen Leistungsvergleichen wird das deutsche Schulsystem weiter absacken. Wie die ersten Erfahrungen mit so genannten "Quer-" oder "Seiteinsteigern" ohne fachdidaktische und grundschulpädagogische Basisqualifikation zeigen, sind diese bei unbestreitbar hoher Motivation und großem persönlichen Engagement nur selten in der Lage, einen fachlich kompetenten Unterricht anzubieten, der den heutigen Qualitätsanforderungen an eine hochwertige differenzierende Grundschulbildung genügt.

Was die Gewinnung zusätzlicher Lehrkräfte angeht, unterstützt der Grundschulverband nachhaltig die Empfehlungen, die die Experten Klemm und Zorn in der Bertelsmann-Studie veröffentlicht haben.

Um den Schaden für die Schülerinnen und Schüler möglichst gering zu halten, stellt der Grundschulverband darüber hinaus folgende Forderungen:

- Die Kultusminister der Länder werden aufgefordert, in ihren Verwaltungen ein seriöses, wissensbasiertes System der Lehrerbedarfsrechnung mit qualifizierten Bevölkerungsstatistikern aufzubauen und von der bisherigen reaktiven Personalpolitik zu einem proaktiven, die Legislaturperioden auch übergreifenden Handeln überzugehen. Die Personalbedarfsplanung muss in enger Zusammenarbeit mit den Einwohnermeldeämtern und den statistischen Landesämtern systematisiert und auf eine wissenschaftlich belastbare Basis gestellt werden. Weil dazu vermutlich komplexere als die bislang benutzten mathematischen Prognosemodelle benötigt werden, sind die Kultusverwaltungen aufgefordert, zur Entwicklung solcher Modelle unverzüglich Forschungsaufträge an sachkundige Institute für Bevölkerungsstatistik zu vergeben.
- Wenn die Statistikämter einen Anstieg der Geburtenzahlen in einem Land oder die Einwohnermeldeämter Wanderungsbewegungen in einzelnen Kommunen vermelden, sind die Kultusverwaltungen gehalten, noch im selben Jahr die Zahl der Studienplätze für das Grundschulstudium an den landeseigenen Universitäten angemessen zu erhöhen und die Hochschulen entsprechend auszustatten, damit zukünftig zum Zeitpunkt der Einschulung der Kinder immer hinreichend viele qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Dies macht eine jährliche strategische Anpassung der verfügbaren Studienplätze an die Bevölkerungsentwicklung erforderlich.

- Da die Kinder im Grundschulalter am verletzlichsten sind, sollte fehlendes Lehrpersonal in der Grundschule vorrangig durch abgeordnete Lehrkräfte aus der Sekundarstufe ersetzt werden, weil diese zwar nicht über grundschulspezifische Kenntnisse, aber wenigstens über solide fachdidaktische und pädagogische Basisqualifikationen verfügen. Quereinsteiger sollten dafür vermehrt in der Sekundarstufe I und II eingesetzt werden, weil die Jugendlichen dieser Schulstufen schon über einige Selbstlernkompetenzen verfügen, mit denen sie die mangelnde fachdidaktische Kompetenz der Laienpädagogen wenigstens teilweise kompensieren können.
- Quereinsteiger, die ein Schulfach studiert haben, sollten vorrangig nur dieses Fach und keinesfalls alle möglichen Fächer unterrichten.
- Kein Quereinsteiger kann ohne jede Vorbereitung vor eine Klasse gestellt werden und sofort Unterrichtsverantwortung übernehmen. Sie brauchen wenigstens einen sechsmonatigen ganztägigen Vorbereitungslehrgang, in dem sie mit den Grundlagen didaktischen Handelns und der Systematik der Bildungspläne vertraut gemacht werden. Im Übrigen sollten sie in diesem Vorbereitungskurs intensiv im Unterricht bei anerkannt guten Lehrkräften hospitieren und deren Unterricht mit Mentorinnen und Mentoren systematisch analysieren lernen.
- Quereinsteiger sollten unbefristete Arbeitsverträge erst nach dem Universitätsabschluss, dem bestandenen Referendariat und einer weiteren zweijährigen Bewährungsfrist angeboten bekommen.
- Da die Schulleitungen in den kommenden Jahren einen erheblichen Zeitaufwand zur Rekrutierung und Betreuung der Quereinsteiger sowie zur Bewältigung der aus der Beschäftigung von unqualifizierten Lehrkräften resultierenden Konflikte benötigen werden, müssen alle Grundschulen sofort mit zusätzlichem Verwaltungspersonal (Assistent/inn/en der Schulleitung) ausgestattet werden, die den Schulleitungen rein administrative Aufgaben weitgehend abnehmen können.
- In den Klassen eins und zwei werden die Grundlagen für den späteren Erfolg oder Misserfolg in der Schule gelegt. Misslungene Alphabetisierung ist der "worst case" in der Schullaufbahn und auf höheren Jahrgangsstufen kaum mehr zu korrigieren. Die Einführung in die Schriftkultur sowie in die Grundlagen mathematischen Denkens ist so sehr altersspezifisch besonders, dass sie in keinem Fall durch Quereinsteiger erfolgen kann. Der Grundschulverband fordert daher die Schulleitungen auf, Quereinsteiger unter keinen Umständen im ersten und zweiten Schuljahr einzusetzen. Die Eingangsstufe der Grundschule muss für Laienpädagogen absolut tabu bleiben.

(Frankfurt am Main, 31.01.2018 V.i.S.d.P. Nicole Lustig Auskünfte erteilen: Prof. Dr. Jörg Ramseger, Fachreferent für Qualitätsentwicklung im Grundschulverband e. V., joerg.ramseger@grundschulverband.de)

Neben der dargestellten langfristigen Planungen und Sicherstellung der Unterrichtsversorgung an Schulen, muss es jetzt darum gehen, dass die Lehrkräfte der Grundschule, die diese Misere nicht zu verantworten haben, nicht durch die einseitige Ausrichtung auf fachlichen Output weiter unter Druck geraten. Neben dem Bemühen neue Lehrkräfte zu gewinnen, dürfen die vorhandenen Lehrkräfte nicht noch mehr belastet werden.